

Der Courier
Ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Verlagspreis:
für Canada \$2.00
für Ausland \$8.50

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadianer.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada — \$2.00
to foreign countries — \$3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

22. Jahrgang. 12 Seiten. Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 18. September 1929. 12 Seiten. Nummer 46.

Großes Flugunglück in Ont.

Alle sechs Insassen des Flugzeuges wurden bei der Explosion getötet. Drei Leichen konnten geborgen werden, während die drei übrigen bis zur Unkenntlichkeit entsetzt sind

Die canadische Regierung hat eine Untersuchung der Tragödie angeordnet

Die Flugzeug-Insassen in Canada nehmen in letzter Zeit derart unter, daß wohl schon ein behördliches Eingreifen angebracht wäre, wenn nicht das Vertrauen in das canadische Flugwesen schwer erschüttert werden soll. Auf dessen Seite die Schuld liegt, ob auf Seiten einer fehlerhaften Konstruktion der hier verwendeten Flugzeuge, ob auf Seiten der ungenügend ausgebildeten Piloten oder auf Seiten der oberflächlichen Wartungskontrolle vor den Ausflügen, kann von uns hier nicht unterhandelt werden. Es mag an den einzelnen Unfallfällen auch verschiedene unglückliche Momente zu unterscheiden, während bei anderen das eine oder andere Moment maßgebend ist. Doch an der Tatsache läßt sich nicht rütteln, daß die canadische Fliegerei noch bei weitem nicht jenes Maß von Sicherheit und Zuverlässigkeit erreicht hat, das in Europa schon längst erzielt ist. Auf den deutschen Fluglinien, die täglich nach allen Richtungen besogen werden, hat die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft weniger Unfälle zu verzeichnen als der deutsche Eisenbahnverkehr, jedoch es heute in Deutschland sicherer ist im Flugzeug als im Zug zu reisen. Die fast hundertprozentige Sicherheit auf den deutschen Fluglinien ist ein Beweis dafür, daß mit einem erstklassigen Flugzeugmaterial, mit gut ausgebildeten und erprobten Führern und Mechanikern sowie mit einer streng durchgeführten Kontrolle vor jedem Abflug sich die Gefahr auf ein Mindestmaß beschränken läßt. Die canadischen Flugunternehmen könnten am deutschen Vorbild noch unendlich viel lernen.

Flammen aus der Maschine hervor und sie explodierte mit lautem Geräusch. Das Flugzeug stürzte noch etwa 15 Yards weiter und blieb dann, in Flammen gehüllt, liegen. Die einzigen Jengen des Unglücks waren die Schienenwärter des Wellandkanals. Als sie zur Hilfe herbeieilten, konnten sie nur noch die Leichen sehen, von denen sie drei hinwegschafften.

Frank Bradfield, der Pilot der Maschine, galt als einer der erfahrensten canadischen Piloten. Er war während des Krieges in seinem Fach tätig und beschäftigte sich in den letzten Jahren im Zivildienst. Vorheres Jahr leitete er die Postflugschiffe von Rimouki, Que., nach Ottawa.

Die anderen Getöteten sind: J. H. Bond, 40 Jahre, von St. Catharines; Allan Bond, 6 Jahre alt, sein Sohn; J. A. McDonald, 43 Jahre, ein Regierungsphotograph am Wellandkanal; Frau Agnes Bennett, 35 Jahre, eine Witwe von Samilton; Louis Bennett, 23 Jahre, von St. Catharines, kein Verwandter von Frau Bennett.

Die Flammen vernichteten die Kabine und die Nichtmetallteile vollständig. Außer den drei geborgenen Leichen von Bond, McDonald und Frau Bennett wurden die übrigen bis zur Unkenntlichkeit entsetzt; so vollständig verbrannten sie. Alle Anzeichen des Flugzeuges fielen dem Brande zum Opfer. Daher kann niemand über die näheren Umstände der Tragödie Auskunft geben.

Zur Untersuchung des Unglücks wird von der Regierung eine Untersuchungskommission eingesetzt, der mit seiner Tätigkeit sofort beginnt. Es handelt sich hier um das schlimmste Flugunglück, das Canada jemals zu verzeichnen hatte, wobei allerdings auffallend ist, wie häufig gerade in letzter Zeit kleinere Unfälle vorkamen.

Die politische Entwicklung in Saskatchewan

Befähigungswahlen für die Minister der „Kooperativen“ Regierung.

Liberaler planen großen Parteitag für Saskatchewan

Regina. — Die Tätigkeit der neuen Provinzregierung begann am 7. Oktober, für die Bishops, Woodson und Norton sind die Nominierungen auf den 7. Oktober und die Wahlen auf den 14. Oktober festgesetzt worden. Bis jetzt ist noch keine Entscheidung hinsichtlich der Aufstellung der neuen Kandidaten getroffen. Doch hört man, daß vielleicht in Kamsden, wo J. F. Ryan gewählt wurde, und vielleicht in Portton gegen Minister Stewart, Neuwahlen vorgenommen werden. Auch in Moose Jaw soll Interesse dafür vorhanden sein. Es handelt sich aber vorläufig nur um Gerüchte. In Regina und Saskatoon hat man bis jetzt noch nichts von Wahlabsichten verlauten lassen.

Die Liberalen von Saskatchewan für nächstes Frühjahr einen großen Parteitag planen, der eine Großdebatte über die liberalen Kräfte werden und der liberalen Bewegung in der ganzen Provinz neuen Antrieb geben soll. J. J. Gardiner, der Führer der liberalen Partei, und George Spence, der Hauptorganisator für die Provinz, sind bereits eifrig an der Arbeit und werden ohne Zweifel über all wieder das Interesse und Verständnis für die liberale Sache erwecken.

Die Einberufung der nächsten regulären Session der Provinzlegislatur ist für die ersten Tage des neuen Jahres in Aussicht genommen.

„Söhne der Freiheit“ zu Gefängnis verurteilt

Duchoborzen wegen Entflucht und Unruhstiften von der Britischen Polizei verhaftet

Ihr Führer Peter Deregin lehnt die Fanatiker ab und ermahnt seine Anhänger zur Ruhe und Ordnung

Die „Söhne der Freiheit“, eine Duchoborzen-Sekte, über deren standloses Auftreten in British Columbia und Saskatchewan wir schon kürzlich im „Courier“ berichtet haben, versuchten in Saskatchewan auch neuerdings wieder Unruhe zu stiften, wie aus Canora, Sask., gemeldet wurde. Sie machten sich angeblich unterwegs, um zu Fuß dem verheerenden „geübten Lande“ zuzuwandern. Dabei kam es zu Widergeleitigkeiten gegen die Britische Polizei, die ihre Waffenanordnungen zu zerstreuen suchte. Besonders argwöhnisch aber war es, als sie trotz der Mahnungen und Warnungen von polizeilicher Seite wieder die alte Methode der Entleitung ähneln wie in British Columbia anzuwenden suchten. Als eine Anzahl Männer und Frauen, die unter dem Einfluß fanatischer Führer standen, diese „Radikultur“ zu verwirklichen suchten, mußte die Polizei eingreifen und Verhaftungen vornehmen.

Ungefähr eine Woche lang hatten die „Kounties“ diesen Treiben zu sehen. Die anfängliche Bevölkerung in der Gegend von Bells, Arran, Deregin, Kamfak, Rifado und Canora war in beängstigte Erregung geraten. Schließlich hatten sich die „Söhne der Freiheit“ bei Deregin konzentriert, von wo aus sie nach Kamfak marschieren wollten. Als die Polizei und die Bevölkerung für weiteres Verdrängen ansetzten, wendeten sie in der Gegend anber, als sie schließlich beim Versteck in Canora einzudringen, in Haft genommen wurden.

Letzten Mittwoch wurden sie vor Gericht gestellt, wo sie erklärten, sie wollten keine Steuern für Schulen bezahlen, in denen ihre Kinder dem Duchoborzenglauben und der russischen Sprache entzogen würden. Viele von den Verhafteten sind in letzter Zeit oft wiederholt.

Verschworung gegen die deutsche Republik

Angeblich von rechtsradikalen Kreisen angezettelt

Verschiedene Verhaftungen im Zusammenhang mit kürzlich erfolgten Bombenattentaten vorgenommen.

Berlin. — Eine sehr gefährliche Verschwörung angeblich nationalsozialistischer Fanatiker, die Mitglieder der immer noch bestehenden Organisation „Stahlhelm“ sein sollen, die vor Jahren von Kapitän Ehrhardt gegründet wurde, gegen die deutsche Republik soll durch die politische Polizei aufgedeckt worden sein. Die 20 Männer in Verbindung mit den kürzlich erfolgten Bombenattentaten in Deutschland verhaftet hat.

Der Führer der Verschwörung soll der frühere Stuttgarter Polizeioffizier Nidels sein, dem die Polizei von dem Regierungsgebäude in Queneburg, in dem kürzlich eine Bombe explodierte, folgte. Ein Haus, das Nidels bewohnte, wurde durchsucht, wobei angeblich eine Bombe gefunden wurde, die für ein anderes Attentat bestimmt gewesen sein soll. Der Mieter des Hauses wurde verhaftet, und die Polizei folgte dann Nidels nach Krampe bei Damburg, wo er schließlich verhaftet wurde.

Die in Stohlenfeller vertriebene Dollemaische explodierte mit dementsprechendem Geräusch, das in der ganzen Umgebung vernommen wurde. Durch die Macht der Explosion wurde die Kellerdecke durchgeschlagen und in den Wirtszimmer der Erde großer Schaden angerichtet. Die Anwesenheit von Dr. Herff wurde glücklicherweise durch die Explosion nicht erreicht. Es wurde niemand verletzt. In dem dem Regierungsgebäude gegenüber gelegenen Rathaus, wie an anderen Gebäuden der Nachbarschaft, wurden alle Fenster eingedrückt.

Auch hier in Berlin war ein weiteres Bombenattentat geplant, und zwar folgte unter der Rolle der dortigen Polizei, glücklicherweise ist dasselbe mißlungen. Im Korridor des Zweigpostamtes am Alexanderplatz, dem Polizeipräsidium direkt gegenüber gelegen, wurde eine fein feuerfeste in Papier eingeschlagene Konventionbombe gefunden, die eine Bombe enthielt, welche aber aus irgend einem Grunde nicht zum Explodieren gekommen war. Die Behörden nahmen an, daß die Attentäter durch irgend etwas verhindert wurden, ehe sie ihr Werk zu Ende führen konnten. Das Post- und Telegraphenministerium aber hat die Stadtbehörden ermahnt, alle Postämter in Groß-Berlin unter Polizeiaufsicht zu stellen.

Im Zusammenhang mit den Bombenattentaten ist auch das Interesse am Wiederaufleben des „Geheges zum Schauge der Republik“ rege geworden. (Näheres darüber siehe auf Seite 2 unter „Weltumschau“).

Schwierigkeiten bei Rheinlanddrängung

Wollen Franzosen an die Stelle von abziehenden Briten treten?

London, 16. Sept. — Nach einer Meldung aus Wiesbaden, die „The Express“ hat Generalleutnant Sir William Dumas, der Kommandeur der britischen Besatzungstruppen in Rheinland, eine dringende Aufforderung vom englischen Kriegsminister Thomas Shaw erhalten, sich sofort zu einer wichtigen Konferenz bezüglich der Rheinlanddrängung nach London zu begeben. Nach Mitteilung der „Express“ ist in Rheinland eine schwierige Lage entstanden, weil französische Truppen angeblich an die Stelle der abziehenden Briten treten wollten. Eine ungeheure Erregung soll sich der Bevölkerung des Rheinlandes bemächtigt haben. Die englische Regierung scheint nun bemüht zu sein, alle diplomatischen Verhandlungen, die sich daraus ergeben könnten, zu verhüten.

Die Bombenattentate

Schon im letzten „Courier“ konnten wir über eine Bombenexplosion im Reichstagsgebäude zu Berlin berichten. Seitdem sind noch folgende Meldungen eingelaufen:

Berlin. — Schrecken und Bestürzung hat die Nachricht von einem Bombenanschlag auf das Regierungsgebäude in Queneburg in der Provinz Hannover hervorgerufen. Dieses umfange, als zwischen der Explosion im Keller des Reichstagsgebäudes und dem neuesten Verbrechen in Queneburg eine gewisse Ähnlichkeit zu bestehen scheint. Auch im Regierungsgebäude zu Queneburg tagt eine Sollenmaschine mit Zeitungsdruck zur Verwendung wie im Reichstagsgebäude. Beide Fabrikate sind durchweg die gleichen.

150 Opfer einer Schiffskatastrophe.

Selkingsfors, Finnland. — Der finnische Passagier-Dampfer „Anru“, der mit vielen Schulkindern an Bord von Lammfors aus abfuhr, ist nach Verlassen des Hafens in einen schweren Sturm geraten und von einer riesigen Welle so schwer getroffen worden, daß er in 5 Minuten versank. Eine wilde Panik setzte ein. Der hohe Wellengang machte das Rettungsversuchen äußerst schwierig. Nach stundenlanger Anstrengung waren 20 Personen aus dem Wasser geholt. Die Rettungsboote kenterten, kurz nachdem sie niedergelassen waren. Die vorläufige Verlustliste wies 82 Tote auf. Nach einem späteren Bericht sollen 150 Menschen umgekommen sein.

Rückgabe des Saargebietes gefordert

Berhandlungen werden in Paris eingeleitet.

Berlin. — Das deutsche Reichsministerium hat in einer Erklärung, die unter Leitung von Dr. Nolde, dem Minister für die besetzten Gebiete, abgefaßt wurde, beschlossen, eine Delegation nach Paris zu entsenden, um dort über die Rückgabe des Saargebietes an das Deutsche Reich in Anbetracht des Ergebnisses der kürzlich in Haager Reparationskonferenz zu verhandeln.

Die Delegation soll von dem früheren Unterstaatssekretär Ernst von Simion geleitet werden, der von zehn Vertretern verschiedener Ministerien besteht und von dem Reichsminister für die besetzten Gebiete begleitet sein wird. Diese Delegation wird sich in enger Fühlung mit den deutschen Vertretern im Saargebiet und seiner Umgebung halten. Die Hauptarbeit der Delegation wird darin bestehen, eine Einigung mit Frankreich über die Ausbeute der Saar-Kohlengruben zu erreichen. Die Verhandlungen sollten in Paris letzten Montag beginnen.

Mar Schmeling verunglückt

Leipzig, Deutschland. — Mar Schmeling, der Vorsteher in der Maschinenbauwerkstatt, erlitt einen schweren Unfall mit seinem Auto. Ebenso wurden die übrigen Insassen des Autos schwer verletzt. Einige Minuten vor dem Unfall hatte Schmeling einen Wagen angefahren.

Zusammenstoß mit Kommunisten

Berlin. — In Berlin-Schöneberg wurde im Verlauf eines Zusammenstoßes zwischen Kommunisten und Nationalisten einer der Teilnehmer angegriffen und schwer verletzt. Die Beteiligten bewarnten sich gegenseitig mit Steinen. Derartige Vorgänge haben sich in Berlin in letzter Zeit oft wiederholt.

Ein Dauerflug um die Welt?

Berlin. — Der nächste große Flug des deutschen Luftkreuzers „Graf Zeppelin“ wird ein Dauerflug um die Welt in westlicher Richtung sein, wie Nachrichten von Friedrichshafen besagen. Beante der Zeppelin-Werke wurden, ehe sie ihr Werk zu Ende führen konnten. Das Post- und Telegraphenministerium aber hat die Stadtbehörden ermahnt, alle Postämter in Groß-Berlin unter Polizeiaufsicht zu stellen.

Im Zusammenhang mit den Bombenattentaten ist auch das Interesse am Wiederaufleben des „Geheges zum Schauge der Republik“ rege geworden. (Näheres darüber siehe auf Seite 2 unter „Weltumschau“).

Dr. Stresemann und die „Ver. Staaten von Europa“

Große Ueberraschung in Genf, weil deutscher Außenminister dem Briand-Projekt zustimmt.

Doch legt er Hauptnachdruck auf wirtschaftliche Annäherung der europäischen Länder.

Genf. — In einer wichtigen Rede vor der Völkervereinigung erklärte Gustav Stresemann, der deutsche Reichsaussenminister, daß er bereit sei, die Idee des französischen Premiers Briand hinsichtlich der Bildung der „Ver. Staaten von Europa“ einzutreten. Stresemann ließ den Plan einer Wirtschaftsvereinigung der europäischen Nationen willkommen sein und war als eine sehr notwendige Lösung des Chaoszustandes, dem die kontinentalen Länder ausgesetzt sind wegen der inneren und äußeren Lage. Er regte weiter an, daß auf Grund des Briand'schen Planes eines Zusammenstoßes der europäischen Regierungen ein einheitliches Währungs- u. pan-europäisches Währungsamt angenommen werden sollte.

Stresemanns Erklärung waren eine große Ueberraschung für viele, die der Ansicht sind, daß nur wenige europäische Regierungen Briand's Plan unterstützen werden aus Furcht vor einer eventuellen Ergrünung der Vereinigten Staaten von Amerika. Es wird nicht geglaubt, daß die verschiedenen europäischen Nationen, die sich auf Amerika bezüglich Aufnahme von amerikanischen Anleihen verlassen, sich bereitwillig angeschlossen werden, da es sich wahrscheinlich lediglich um daran handelt, sich vorbringen amerikanischer Interessen in Europa zu befähigen.

Rundfunk soll unter Regierungskontrolle kommen

Ottawa. — Die königliche Kommission, die zur Untersuchung der Radiofrage in Canada eingesetzt worden ist, hat nun ihren Bericht an die Regierung in Ottawa überreicht. Sie ist darin zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Rundfunkstationen in Canada von einer in Regierungenhänden befindlichen Gesellschaft geleitet und betrieben werden sollten. Die Gesellschaft könnte zur Regierung in ähnlichem Verhältnis stehen wie jetzt die Canadische Nationalbahn.

Wenn dieser Plan zur Durchführung gelangen sollte, würden die Besitzer der Sendestationen natürlich angemessen entschädigt werden. Die für den Betrieb erforderlichen Ausgaben müßten durch Erhebung von Lizenzgebühren und durch Vermieten der Stationen gedeckt werden. Die Sendestationen zu je 50.000 Watt sollten als Hauptstationen errichtet werden. Bezüglich der Ausgestaltung der Programme würden die Provinzvertreter der Gesellschaft verantwortlich sein. d. im Bericht als „Canadian Radio Broadcasting Company“ bezeichnet wird.

Ontario-Wahlen am 30. Oktober.

Toronto, 17. Sept. — Die 17. Legislatur von Ontario ist aufgelöst und die Neuwahlen sind auf 30. Oktober angesetzt worden. Die Ernennung der Kandidaten erfolgt am 19. Oktober. Premier Howard Ferguson stellt sich mit seiner Regierung zum zweiten Male den Wählern. Die bisherige Zusammensetzung der Legislatur war: 75 Konservativ-, 16 Liberale, 4 Unabhängig-Liberale, 3 Vereinigte Farmer, dazu einige freie Sitze.

Geoffrey in Krupp-Schiffswerken Kiel, Deutschland. — In der Maschinenfabrik der Friedrich Krupp-Germania Schiffswerken hier brach ein großes Feuer aus, welches rasch um sich griff und einen gefährlichen Charakter annahm, bevor es unter Kontrolle gebracht werden konnte. Die gesamte Kieler Feuerwerk war damit beendigt, den Brand zu bekämpfen.

Werden auch die Franzosen sich zurückziehen?

Paris. — Der französische Kriegsminister erklärte, daß Frankreich mit der Zurückziehung der Besatzungstruppen in den nächsten Tagen beginnen werde. Es handelt sich hierbei um die Truppen der zweiten Zone im Gebiet um Koblenz.

Ohne das Saargebiet besonders mit Namen zu nennen, erinnerte Dr. Stresemann daran, daß noch ein anderer Teil Deutschlands unter nichtdeutscher Verwaltung verbleibe — ein Gebiet, das einstimmig die Wiedervereinigung mit dem Vaterlande erhebt. Dem fügte er hinzu: „Wenn die Schranken, die Deutschland seit dem Kriege von den alliierten Nationen getrennt haben, fallen, dann wird der Weg frei gemacht sein, die Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen früheren militärischen Gegnern eng und fruchtbar zu gestalten, was es die Interessen aller Nationen und des Völkervereinigung fördern.“

Neben er auf die nationalen Minoritäten zu sprechen kam, gab Dr. Stresemann seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in der Behandlung der Minderheiten eine bedeutende Besserung eingetreten sei. Er schloß vor, die Liga möge einen Sonderausschuß für nationale Minoritäten einsetzen, dem die Fragen der politischen Minderheiten zum Studium unterbreitet werden sollen.